

Klage

- Kläger -

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Inneren, dieses vertreten durch den Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

- Beklagte -

Hiermit erhebe(n) ich/wir Klage vor dem Verwaltungsgericht _____ und bitte(n) um Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung, in dem ich/wir beantragen werde(n):

1. Der im Anerkennungsverfahren gegenüber dem/der/den Kläger/Klägerin/Klägern ergangene Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Aktenzeichen: _____) vom _____, zugestellt am _____, wird aufgehoben.

2. Die Beklagte wird verpflichtet, den Kläger/die Klägerin/die Kläger als asylberechtigt nach Art. 16 a Abs. 1 GG anzuerkennen sowie die Flüchtlingseigenschaft gem. § 3 AsylG zuzuerkennen;

hilfsweise einen subsidiären Schutzstatus zuzuerkennen und äußerst hilfsweise, Abschiebungsverbote nach §§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG festzustellen.

3. Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Beklagte.

Begründung:

Die Klagebegründung wird innerhalb der gesetzlichen Frist erfolgen.

Mit der Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter besteht kein Einverständnis. Auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung wird nicht verzichtet.

Ort

Datum

Unterschrift(en)